

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubauerstr. 7, und durch Kolportage zu beziehen. Preis des Blattes 5 Pf. 10 Bogen 45 Pf. 10 Bogen 1.00 Mk. Durch die Post bezogen 1.10 Mk. Preis des Jahrganges 12.00 Mk. Preis des Quartals 3.00 Mk. Preis des Monats 1.00 Mk.

Die „Volkswacht“ ist für die deutsche Kolonialpolitik über den Raum 40 Bogen. Preis des Jahrganges 12.00 Mk. Preis des Quartals 3.00 Mk. Preis des Monats 1.00 Mk. Durch die Post bezogen 1.10 Mk. Preis des Jahrganges 12.00 Mk. Preis des Quartals 3.00 Mk. Preis des Monats 1.00 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 81.

Breslau, Dienstag, den 6. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Wilson's Ring um Deutschland.

Noch kein Kriegsgrund.

Die Versenkung des amerikanischen Dampfers „Houston“ ist noch kein Kriegsgrund für die Vereinigten Staaten. Das Schiff ist, wie nachträglich bekannt wurde, auf Grund des Kreuzerkrieges angehalten und vernichtet, das heißt: es wurde erzwungen, seine Besatzung getötet, die Ladung mit dem Schiff selbst aber versenkt, weil es Warnung für die feindlichen Mächte trug. Die Behandlung entspricht den Regeln des Völkerrechts und Wilson kann dagegen keinen Einwand erheben. Für diesmal ist also der Kriegsgrund noch nicht gegeben — hoffentlich läßt er recht lange auf sich warten. Daß er ganz ausbleibt, ist nicht anzunehmen, denn auf deutscher Seite ist die Parole ausgegeben: „Kein Zurück mehr“ und auf amerikanischer Seite macht man „Nix zum Nicht“. Staatssekretär Dr. Seligman, der Stellvertreter des Reichskanzlers, hat einem norwegischen Journalisten gegenüber auf das entscheidendste betont: „Was den U-Bootkrieg betrifft, so gibt es für uns kein Zurück. Wir gehen den Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, bis zum Ziel und sind überzeugt, daß die Neutralen uns noch einmal danken werden, daß wir den Weltkrieg gegen England führen.“ Vorläufig sieht es allerdings nicht nach Dank aus, was die Neutralen für uns fühlen. Im Augenblick sucht sie sogar Wilson gegen uns zu sammeln und zu einer gemeinsamen Aktion zu bewegen.

Überhaupt richtet sich Amerika allgemach auf den Kriegesfall ein und zieht die aus dem Abbruch der Beziehungen sich ergebenden Folgerungen. Botschafter Gerard er schien am Montag vormittag im Auswärtigen Amt zu Berlin, machte offizielle Mitteilung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, verlangte seine Pässe und erhielt sie mittags ausgehändigt. Nach Mitteilungen aus New York wurden dem deutschen Botschafter, Grafen Bernstorff, um dieselbe Zeit seine Pässe zugestellt. Die Vereinigten Staaten haben nach einer Madrider Meldung der Pariser „Liberte“ die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn ebenfalls abgebrochen, eine Tatsache, die wir eigentlich über Wien statt über Madrid und Paris hören müßten.

Inzwischen richtet sich die amerikanische Union auf den Ernstfall ein. Sie hat die amerikanische Kriegsstärke aus den Antillen zurückgerufen, um im Atlantischen Ozean zu kreuzen, und in New York werden angeblich freiwillige Maschinenabwehrabteilungen gebildet. 8000 Polizisten sollen zum Militärdienst einberufen sein, wahrscheinlich gegen die „Neutralitätsbrecher“ im eigenen Lande, nicht für den europäischen Krieg. Die Senatskommission in Washington nahm nämlich 17 Gesetzentwürfe an, die die Verstärkung von Neutralitätsverletzungen erleichtern sollen. Präsident Wilson hat auf rasche Erledigung dieser Gesetze gedrungen. Auf Schriftsalkundungen und falsche Erklärungen zu dem Zwecke, sich in Besitz eines falschen Passes zu setzen, wird Gefängnisstrafe von fünf Jahren gesetzt. Brandstiftung, Zerstörung von Maschinen oder Legen von Bomben auf amerikanischen Schiffen wird mit zehn Jahren Gefängnis bestraft.

Die zweite Maßnahme bestand in der Beschlagnahme der deutschen Schiffe, die in Amerika Schutz gesucht hatten, besonders der Hilfskreuzer. Dieser Maßregel fiel auch das tapferere Britenschiff der ersten „Möve“, die „Appam“, zum Opfer. Leutnant Berg und seine deutsche Besatzung wurde von Bord der „Appam“ geholt und an Land gebracht. Nach einer Reuters-Depesche aus New York sollen sämtliche deutschen Schiffe in New York-Häfen, darunter der große Dampfer „Walterland“, beschlagnahmt worden sein. Man erzählt, daß die Besatzung der deutschen Schiffe, die in den Häfen der Philippinen interniert sind, versuchten, die Maschinen zu zerstören. Die Behörden ergriffen darauf die nötigen Maßnahmen, um auf den 22 in den Häfen der Philippinen liegenden deutschen Schiffe Beschädigungen zu verhüten.

Neuter meldet aus Philadelphia: Die deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ und „Prinz Eitel Friedrich“, die in der Marinewerft interniert waren, sind auf Befehl des amerikanischen Marineabteilungs beschlagnahmt worden. Die Mannschaften wurden in den Marine-Baracken untergebracht, und aus Hawaii kommt die Nachricht, daß das deutsche Kanonenboot „Geyer“, das in Honolulu interniert war, von der Besatzung in Brand gesetzt wurde. Der kleine Kreuzer „Geyer“ war bei Kriegsausbruch auf der Reise von der ostafrikanischen Station nach der Südsee. Das Schiff hatte das Denkmal geleistet, um die feindliche Schifffahrt in der Südsee zu schädigen und fällt jetzt dem Artillerie auch zum Opfer.

Nachdem Wilson im eigenen Lande für die Schlagfertigkeit der Flotte Sorge getragen, richtete er seine Bemühungen darauf, die übrigen Neutralen auf seine Seite zu

ziehen und einen förmlichen Ring der Neutralen um Deutschland zu bilden. Von intimen Verhandlungen zwischen dem spanischen Ministerpräsidenten und dem amerikanischen Gesandten in Madrid wurde schon gestern berichtet, Neues dazu liegt bisher nicht vor, aber aus der Schweiz kommt die Nachricht von ähnlichen Bemühungen Amerikas. Nach einer Meldung aus Bern hat Präsident Wilson an die schweizerische Regierung direkt eine Note gerichtet, in der er die Regierung einladet, sich dem Vorhaben Amerikas gegen Deutschland anzuschließen. Der Schweizer Bundesrat hat in einer Sonder Sitzung die Antwort auf die Einladung Wilsons festgesetzt. Sie wird aber erst veröffentlicht werden, wenn Wilson im Besitze der Note sein wird. Wie die „Zürcher Post“ vernimmt, wird der Bundesrat voraussichtlich in Verbindung mit anderen neutralen Staaten gegen die Verschärfung der Unterseebootblockade bei der deutschen Regierung Protest einlegen, sich aber weiteren Schritten nicht anschließen. Ein Schweizer deutschfreundliches Blatt begründet das wie folgt:

Es ist eine überaus gefährliche Einladung und es ist zu hoffen, daß der Bundesrat ihr keine Folge geben wird. Wir sind keine Seemacht und haben kein Interesse, uns Amerika anzuschließen, in einem Moment, wo die Sache gefährlich wird, und weniger, als die Union bei ihren bisherigen Schritten über die Lage zur See uns auch nicht zu Rate gezogen hat. So sehr wir für unbedingte Respektierung des Völkerrechts eintreten müssen, und zwar nach beiden Seiten, so wenig haben wir ein Interesse daran, uns wegen Amerikas Kontroverden-Verhältnissen in eine Abenteuerpolitik einzulassen, umso weniger, als ein Teil der Streitenden kein Verhalten mit der vorangehenden und um er noch fortgesetzten Verletzung des Völkerrechts durch den Gegner beirätet.

Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß bei denjenigen Neutralen, die eine Landgrenze mit Deutschland haben, wenig Neigung zu einer kriegerischen Verbindung mit uns vorhanden sein wird. Wie die anderen Neutralen die Anregung Wilsons beantworten werden, ist noch nicht bekannt geworden, doch wird man sich wohl nirgends gerade zum Kriege drängen. Versucht man doch bei Amerika selbst noch Abneigung gegen kriegerische Verbindungen zu konstatieren. So meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus New York vom 4. Februar:

In den Kreisen der Staatsbehörden herrscht die Ansicht vor, daß Wilson infolge seiner Haltung im „Zusammenhange“ die Beziehungen zu Deutschland habe abbrechen müssen, daß aber der Eintritt von Feindseligkeiten nicht wahrscheinlich sei, sofern nicht ein unvorhergesehener Zwischenfall eintrete. Auch seien bisher keine militärischen Vorbereitungen getroffen worden, außer den bereits gemeldeten Anträgen einer Anzahl Abgeordneter, die nicht für ihre Partei, sondern für sich vorgehen, 500 Millionen Dollars Anleihe für Kriegszwecke zu begeben, oder dem anderen Antrag, zwei Millionen Soldaten zu mobilisieren (1), oder ähnlichen Vorschlägen. Der strengere als solcher hat bisher keinerlei derartige Schritte unternommen, nicht einmal Ausschüsse gebildet. Jene welche Kriegszustimmung ist nicht vorhanden, wenn auch viele amerikanischen Bürgen hier zu sehen sind, gerade wie vor dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges. Die Deutsch-Amerikaner verhalten sich sehr zurückhaltend.

Mit den zwei Millionen Soldaten wird es ja seine guten Wege haben, aber ebenso unwahrscheinlich klingt die Nachricht der „Deutschen Tageszeitung“, nach der in New York am Freitagabend riesige Friedensdemonstrationen veranstaltet worden seien. Bryan sagte unter tosendem Beifall: „Gott behüte uns vor dem Kriege mit Deutschland!“ Sicher gibt es auch in Amerika eine Menge Anhänger des Friedens und auch eine Anzahl Freunde Deutschlands. Daß sie aber die Politik des Landes entscheidend beeinflussen können, solchen Täuschungen sollen wir uns lieber nicht hingeben. Auch dann nicht, wenn in Neben sachen ein gewisses Entgegenkommen gewährt wird, wie die Freilassung der 72 Amerikaner, die auf dem Prisenenschiff der zweiten „Möve“, dem „Arrowdale“, nach Swinemünde gebracht wurden. Die Leute sollen glaubhaft erklärt haben, es sei ihnen bei der Anheuerung unbekannt gewesen, daß Deutschland bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe betrachte und sie sind auf diese Auslage hin freigelassen worden, was ja auch die amerikanische Regierung von Deutschland verlangt hatte. Die großen Auseinandersetzungen zwischen den Nationen aber werden durch diese Nebendinge nicht mehr beeinflusst.

In Frankreich, England und Italien herrscht Jubel in der Sache. Man schmeichelt Wilson, den man eben noch verdächtigt hatte, und rechnet mit dem Beitritt aller Neutralen zu einem Abwehrbündnis gegen Deutschland. Der „Tempo“ sieht wieder einmal den entscheidenden Punkt des Krieges für gekommen und ein Diplomat erklärte im „Stor-

nale d'Italia“, daß das gestrige Datum von großer historischer Bedeutung sei, da der Krieg infolge der von Amerika eingenommenen Haltung ein ganz anderes Bild biete, umso mehr als das Beispiel Amerikas von den Neutralen Europas befolgt werden könne. „Corriere d'Italia“ aber schreibt: „Die Neutralen erheben sich gegen die ungezügliche Tat Deutschlands. Die ganze Welt bildet eine Liga zur Verteidigung des Rechts. Deutschland ist auf einem Wege ohne Ende angelangt. Zieht es seine Forderungen wieder zurück, so ist das für es beschämender, als die schwerste Niederlage“. Diese Zurückziehung ist nicht zu erwarten.

Die Hilfskreuzer beschlagnahmt.

Berlin, 5. Februar. Nach hierher gelangten Meldungen hat die Regierung der Vereinigten Staaten außer den bereits gemeldeten Handelsschiffen auch Hilfskreuzer, welche in amerikanischen Häfen liegen, beschlagnahmt und die Mannschaften dieser Kreuzer interniert.

Versenkt.

Bern, 5. Februar. „Bell Parisien“ meldet die Versenkung des spanischen Dampfers „Nueva Montana“, 2000 Tonnen.

Amsterdam, 5. Februar. „Maasland“ meldet: Der Hilfsdampfer „Cetus“ aus Boston, der interniert ist, versenkt gemeldet worden ist, ist auf See treibend aufgefunden und in einen Hafen geschleppt worden.

London, 5. Februar. (Rogde-Meldung.) Das russische Segelschiff „Promochail“ ist versenkt worden.

Gingestellte Fahrten.

London, 7. Februar. Rogde meldet aus Valavia: Die Post- und Frachtdampfer, die den Hafen verlassen haben, haben Befehl erhalten, den nächstgelegenen Hafen anzulaufen und auf Anweisungen aus Holland zu warten.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet dem „Tag“ zufolge: Seit Montag abend 8 Uhr ist kein einzelnes Schiff in die Mündung der Maas einsegeln. Der Rotterdammer Lloyd teilt mit, daß eine drablose Verbindung mit dem „Ta pier“ „Bliss“, westlich von Irland, eingegangen sei; das Schiff sei nach Bergen in Norwegen zurückgekehrt, wo es nähere Weisungen erwarten will.

„Nichts von Bedeutung“.

Berlin, 5. Februar. Wenn von den verschiedenen Kriegsschauplätzen in den letzten Tagen gemeldet wurde, keine Ereignisse von Bedeutung, so hat indessen doch nirgends der Kampf auch nur eine Stunde gepaukt. Auf der gesamten 2000 Kilometer langen Front in Belgien, Frankreich, Rußland, Rumänien und Mesopotamien stehen in den Grenzabteilungen die Truppen zu jeder Stunde am Tage und in der Nacht am Gewehr, stets bereit, jeden Versuch des belagerten Feindes, den Gürtel der Belagerten zu sprengen, zurückzuweisen. Die Beobachter der Artillerie und Maschinengewehre stehen Tag und Nacht auf ihren Posten, die Batterien, verborgen in Wäldern, im Schnee und Eis versteckt, sind jede Minute feuerbereit. An Hunderten von Abzweigungen kommt es zu Artilleriekämpfen, Feuerüberfällen und heftigen Kanonaden, die Züchtigkeit und Präzision, auch Mutopfer verlangen. In der Nacht schleben sich Patrouillen vor die Drahtverhänge, lauern die Scharposten in Sappentützen und Granatbüchsen und vollbringen stille Gelbentaten, die niemand kennt. Täglich werden mit Mühe und Gefahr unzählige Ketten- und andere Erkundigungen unternommen, die bis in die feindlichen Stellungen führen. Die Pioniere mühen und bauen in den Schächten und horchen aufmerksam auf jedes Geräusch unter der Erde. In den Tausenden von Fernsprechunterständen herrscht gespannte und fleißige Tätigkeit zur Entgegennahme und Weitergabe von Meldungen. Bei Tag und Nacht sind die Scharen von Drahtflickern unterwegs, um gestörte und zerfallene Leitungen wieder herzustellen.

Mit dem anbrechenden Tage — wenn das Wetter es zuläßt — erheben sich die Fliegergeschwader auf den langen Fronten in die Luft zu täglichen Aufklärungen und Kämpfen mit dem Feinde. Tag und Nacht sind die Kolonnen unterwegs in Eis und Schnee, im Feuer feindlicher Granaten, um Munition, Nahrung und Post zu den Frontstellungen zu bringen, Kranke und Verwundete zurückzuführen. In Tausenden von Verbandspätzen, Feld- und Kriegslazaretten arbeitet ununterbrochen ein Heer von Ärzten, Pflegern und Pflegerinnen. Die Selbstkürer und Feldschlichter sind dauernd in fleißigster Tätigkeit und Feldschlichter sind dauernd in fleißigster Tätigkeit. Millionen von Männern stehen unausgesetzt bei Tag und Nacht im Kampfe und in der Arbeit in freudiger Eingebung und erschütterlicher Entschlossenheit, besetzt vom festen Vertrauen auf den Erfolg.

Die Fleischversorgung.

Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstages.

Eine Regelung in der Bewertung unserer Viehbestände ist recht spät erfolgt, obwohl lange vor Einführung der Fleischkarte und der Viehhandelsverbände darauf hingewiesen wurde, daß der freie Verkehr uns zu unhaltbaren Zuständen führt. Erst als unsere Viehbestände in bedenklicher Weise zurückgingen, der Mangel auf dem Schlachtviehmarkt durch den freien Handel nahezu ausglich und die Preise für Vieh im freien Verkehr unerhöht in die Höhe gingen, begannen man sich dazu, durch Rationierung und Verteilung des Schlachtviehs etwas Ordnung in das Durcheinander hineinzubringen.

Die Hoffnung, daß man dazu gelangen würde, ein gleichmäßiges Quantum Fleisch und Fett

der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, ist leider nicht erfüllt. Die Ungleichheiten sind bei dem starken Partikularismus in den Bundesstaaten, die als Uebersehungsgebiete in Frage kommen, nicht beseitigt. Es wurde zwar im Reichstag von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts erklärt, daß er die Mängel habe, die Fleischration von 250 Gramm pro Woche und Kopf allgemein durchzuführen, aber bis gegenwärtig ist die Erfüllung dieses Versprechens ausgeblieben. Nach einer Umfrage in den Städten mit über 500 000 Einwohnern ist allerdings festgestellt, daß nimmere 97 Prozent dieser Städte 250 Gramm verteilen können. Es gehen aber aus den kleinen und mittleren Städten fortgesetzt Klagen ein, daß hier Rationen von nur 100 und 150 Gramm vielfach üblich sind, ganz abgesehen davon, daß dieses Quantum nicht mal regelmäßig zur Verteilung kommt.

Ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir unsere vorhandenen Viehbestände so schonen, daß wir die in Aussicht gestellte gleichmäßige Zuzugung nicht erreichen können, oder begegnen wir auch hier Hindernissen, die einseitig die Interessen agrarischer Förderungen berücksichtigen? Wenn wir die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1916 mit den vorausgegangenen in Vergleich stellen, so ergibt sich folgendes:

Viehbestand im Deutschen Reich.

	Am 1. Dez. 1915	Am 1. Sept. 1916	Am 1. Dez. 1916
Kühe unter 3 Monaten	1 396 767	1 084 106	1 835 150
Jungvieh bis zu zwei Jahren	6 457 093	6 314 027	6 835 061
Bullen und Ochsen über 2 Jahre	1 493 079	1 452 031	1 606 021
Älde und Färsen über 2 Jahre	10 970 009	10 662 782	10 607 201
Rindvieh insgesamt	20 316 948	20 512 946	20 883 433
Schweine unter 1/2 Jahre	9 887 200	11 217 348	10 131 086
Schweine über 1/2 Jahr	7 699 921	6 083 679	6 829 340
Schweine insgesamt	17 587 121	17 301 027	16 960 426

Die letzte Zahl bietet noch kein ganz sicheres Ergebnis, sie wird aber erhebliche Veränderungen kaum erfahren. Wir haben danach unsere

Rindviehbestand erhöht,

besonders die Zahl an Kühen ist aufwärts gegangen. Auch der Bestand an Schweinen weist keine übermäßige Abnahme auf, er hält sich auf leidlicher Höhe, wenn dabei auch zu berücksichtigen ist, daß nach dem 1. Dezember besonders in Hausfleischungen sehr viel aufgebraucht ist. Das ist aber ein Vorgang, der sich auch in normalen Zeiten in jedem Jahre wiederholt. Im ganzen ergibt das Resultat der Viehzählung, unter Berücksichtigung all der ungünstigen Verhältnisse während des Krieges, ein verhältnismäßig gutes Resultat. Wir haben in einer kurzen Zeit durch Beschränkung des Konsums an unsern Viehbeständen eine so erhebliche Schonung vorgenommen, daß wir gegenwärtig auf eine weitgreifende Viehproduktion drängen können, um zunächst zu einer gleichmäßigen Versorgung von 250 Gramm pro Kopf der Bevölkerung zu gelangen.

Ein hoher Viehbestand ist vom Standpunkt der Volksernährung sehr angenehm und gibt uns ein Gefühl der Sicherheit in der Versorgung. Auf der andern Seite bestehen die Bedenken, ob es möglich ist, diese Viehbestände durchzuhalten ohne Gefährdung der Volksernährung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Kartoffelbestände für unsern Bedarf ungenügend sind. Diese Bestände sind aber der Gefahr ausgesetzt, daß sie durch starke Zugriffe der Viehhalter weiter gemindert werden. Es ist zwar die

Verfütterung von Kartoffeln,

soweit sie zur menschlichen Ernährung Verwendung finden können, verboten, aber die Kontrolle darüber, daß diese Verordnung peinlich durchgeführt wird, ist ganz unmöglich. Der hohe Viehbestand steigert mithin in der Kartoffelversorgung unsere Schwierigkeiten. Wir sind ferner genötigt, so stark, wie noch in diesem Jahr, auf die Rüben für die menschliche Ernährung zurückzugreifen. Auch hier tritt der Viehbestand als Konkurrent gegen den Bedarf des Menschen auf; denn das Krautfutter, das für unser Rindvieh angeblich in genügender Maße vorhanden ist, genügt allein nicht für die Durchhaltung der Rindviehbestände.

Die Reichsfleischstelle ist nicht achlos an den Erscheinungen vorübergegangen, sie hat die Viehhandelsverbände angewiesen, alles Vieh aufzukaufen, das freiwillig von den Besitzern angeboten wird, damit nicht wegen Futtermangels das Vieh nur durchgeschleppt wird, und damit das Schlachtergebnis weiter verringert wird. Wir haben außerdem die Möglichkeit, wenn jetzt größere Bestände abgeschlachtet werden, in den Schlachthäusern Fleischbestände

für die spätere Zeit aufzubewahren.

Sobald der Preis für Kühe herabgesetzt, um hier den Anreiz für eine größere Aufzucht einzuschränken. Dagegen soll der Bestand an Kühen geschont werden.

Bei einer richtigen Ausnutzung der vorhandenen Futtermittel wäre es möglich, den Anteil, den die Vieh-

haltung von unsern Nahrungsmitteln beansprucht, erheblich zurückzuführen. Leider vermag hier die Organisation. Wir haben zwar eine Bundesratsverordnung, die bestimmt, es sollen in den Städten die Küchenabgänge gesammelt werden. Aber die Sache ist längst wieder elugeschlafen, der Sammelmeister hat nachgelassen. Nur einzelne Gemeinden bemühen sich hervorragend auf dem Gebiet. Vor einiger Zeit ist die „Reichsgesellschaft für Milchfütterung“ ins Leben gerufen, die auf neue die Idee einer zweckmäßigen Verwertung der Küchenabgänge propagieren will. Vielleicht gelingt es nun, dieses wertvolle Material besser nutzbar zu machen und den Sammelmeister wieder anzuregen, noch besser durch Zwang aufrechtzuerhalten. Das Futter eignet sich vor allem für Rindvieh und für Geflügel. Man rechnet, daß 3 Pfund Trockenfutter einem Liter Milchproduktion entsprechen. Mit einem solchen Quantum Futter, über das die Gemeinde frei verfügen kann, kann sie Lieferungsverträge abschließen, die uns manche Schwierigkeiten bei der Milch- und Eierversorgung beseitigen könnten. Die Gemeinden sollten nicht verfehlen, hier die Initiative zu ergreifen.

Wir brauchen eine fett- und eiweißhaltige Nahrung, die wir am ehesten im Fleischkonsum, an den die Bevölkerung auch sehr stark gewöhnt ist, finden können. Wir brauchen weniger, wenn wir als Ersatz Fälschfleisch und Pflanzenfette zur Verfügung hätten.

Ein großer Mangelbestand bei der gegenwärtigen Ausnutzung unserer Viehbestände ist, daß nach der Bundesratsverordnung immer noch während 6 Wochen an Ferrel Vollmilch verabreicht werden darf. Obwohl in sehr vielen Gegenden auch in normalen Zeiten nur die Magermilch benutzt wird, die für die Aufzucht vollständig genügt. Bei dem Mangel an Futtermitteln, und den hohen Preisen für Schweine ist natürlich der Anreiz sehr stark, Vollmilch zu verwenden. Neuer stellt es an einer Kontrolle, die dafür sorgt, daß Milch, Butter und Käse eine gerechte Verteilung finden. Die Produkte der Molkereien gehen heute vielfach

auf Seilwegen in den Handel,

sie ermöglichen zahlungsfähigen Personen ein Zugreifen über ihre Ration. Wenn unsere Verwaltungsbehörden auf dem Lande ein wenig mehr den Geist unserer Ernährungsschwierigkeiten beachten würden, könnte ein solcher Handel sich nicht breit machen. Es fehlt leider in diesen Kreisen ein stark ausgeprägtes Empfinden für das Allgemeininteresse. Das alte Wirtschaftsprinzip, das nur das Einzelinteresse jeder Berufs-schicht kennt, kommt immer wieder zur Geltung.

Wenn bei den verminderten Rationen in der Kartoffelversorgung und auch nicht die genügenden Ersatzmittel aus Paster und Gerste gestellt werden können, dann wird das Kriegsernährungsamt sich vor die Zwangslage gestellt sehen, die Fleischration zu erhöhen; denn in der bisherigen Weise wird die Behandlung der Ernährungsfrage nicht fortgesetzt werden können.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 5. Februar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Dem Nordufer der Aisne bis zur Spitze spielten sich bei starkem Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten auch Infanteriegefechte ab.

Am 3. Februar wurde den Engländern der größte Teil der Gräben südlich von Beaumont wieder entrissen; dabei blieben rund 100 Gefangene in unserer Hand.

Nachmittags schloßerte ein heftiger englischer Angriff südlich von Beaumont, nach wiederholter Artillerieharter Kräfte gegen unsere Stellung von Ostlich Grandcourt bis südlich von Fys. Auch am Wege von Beaumont nach Beaumont wurde gekämpft.

Südlich der Somme holten die Franzosen über 20 Granatminen und 500 Landminen aus den feindlichen Linien.

Ostlicher Kriegshauptplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Marajowa übten keine russische Abteilungen gegen unsere Stellungen vor, die sie durch Feuer zurückzuwerfen. An der Front des Generaloberst Erbergson Jolef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Wackerstein ist die Lage bei geringem Artilleriefeuer und Vorpostengefechten unverändert.

Mazedonische Front.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Südlicher Abendbericht.

Berlin, 5. Februar, abends. (Amtlich.)

Von den Fronten sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet.

Amtliche Berichte der Verbündeten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. Februar. (Amtlich.)

Feindliche Abteilungen, die gegen unsere Stellungen südlich von Marajowa vorrückten, wurden durch Feuer zurückgeworfen.

Während vorgestern brang eine Abteilung des Feldjäger-Bataillons Nr. 30 in die feindliche Stellung westlich des Dorfes Marajowa (Karnischer Raum) ein, um in einer Gefechtsgruppe von 28 Mann gefangen und erzwungen ein Gefangenlager zu errichten und mehrere Gewehre zu beschaffen. Der gefangen genommene Feind leistete keinen Widerstand, ohne nennenswerten Schaden in ihre Stellungen zu tun. Auch keine Gefangenen von Belang.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 3. Februar. Amtlicher Tagesbericht vom 3. Februar. Kaukasusfront. Am dem rechten Flügel wurde der Angriff einer feindlichen Kompanie abgelehnt. Am 1. Februar des linken Flügels eine unserer Expeditionskolonnen einer feindlichen Expeditionskolonnen betäubende Verluste zu und brachte einige Gefangene ein. — An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 5. Februar. Generalstabsbericht vom 4. Februar. Zigarettenfront: Südlich des Taurus belagerten die türkischen Truppen die feindlichen Infanterie- und Artilleriestellungen und kämpften zwischen Aufklärungspositionen zu unseren Gunsten. Die Gefangenen-Ausgaben lieferten, daß während des Kampfes am 1. Februar zwei feindliche Bataillone, jedes in Stärke von 700 Mann, denen es gelang, in unsere Gräben einzudringen, vollständig vernichtet wurden.

Persische Front: Wir nahmen dem Feinde einen Zug von 235 beladenen Kamelen ab.

Kaukasusfront: Wir schlugen feindliche Anstöße zurück gegen unsere rechten Flügel ab. Nach weiteren Meldungen wurden bei unserer Verteidigung von Tenebros ein Divisionärgefecht und ein Leuchtturm der Insel zerstört. Inwiefern die Verluste verheerend sind. Ein von Tenebros geflüchteter Einwohner erklärte, daß auf der Insel kein Soldat vorhanden sei. Infolgedessen brang der Feind durch die Richtung neuerdings einen Vorstoß gegen die Genfer Konvention. Ein feindliches Schiff, das sich etwa einem Kilometer von uns bei Gafestortje verlor, feindlichen Kreuzer zu nähern verlor, wurde durch unser Artilleriefeuer zum Sinken gebracht.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 3. Februar. Generalstabsbericht vom 3. Februar. Mazedonische Front. In der ganzen Front schwache Artilleriegefechte. In der Gegend von Bitolla und an der Struma Feuerwechsel zwischen Wachabteilungen. Am Warbatale heftige Feuertätigkeit.

Rumänische Front. Feuerwechsel zwischen den Fronten zu beiden Seiten des Saint-Georgskanals.

Flieger über Dünkirchen.

Berlin, 5. Februar. (Amtlich.) Ein deutsches Marineflugzeug belagerte am 3. Februar abends die Gasenanlagen von Dünkirchen erfolgreich mit Bomben. Ein in den dortigen Schuppen emporgehender Brand war beim Rückflug noch möglich festzuhalten.

Ein Dokument.

Berlin, 5. Februar. Unter dem Titel „Ein Dokument“ überschreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Die Presse der feindlichen Länder erregte sich über die in der deutschen Note vom 31. Januar 1917 enthaltene Charakterisierung der Entente als „der von England geführten Machtegruppe“ und protestierte gegen die Umstellung, als befänden sich die Verbündeten Englands von diesem irgendeiner in Abhängigkeit. Wer sich der Fülle der Tatsachen nicht vollständig vergewißert, weiß, wie die Dinge liegen und findet gewiß die Wendung in der deutschen Note sehr schonend. Dem protestierenden Teil der feindlichen Presse wollen wir heute mit einem Beispiel dienen in Gestalt eines in unserem Besitz befindlichen Schreibens des früheren Botschafters in Indien, jetzigen Unterstaatssekretärs im englischen auswärtigen Amt, Lord Cardinge, an den englischen Botschaftler in Petersburg, George Buchanan, vom 21. Juli 1916, das ein Schlaglicht auf die Wendungen Englands wirft, die Entschloßung seiner Verbündeten in Angelegenheiten zu beeinflussen, bei denen ein souveräner Staat eine fremde Einmischung nicht zu dulden pflegt. Wir ersehen aus dem Schreiben, daß der englische Botschafter in Petersburg wegen des Rücktritts des damaligen russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Gafanoff, beim Jaren Schritte getan hat, um die Demission, die England unter dem Namen des „Königs“, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Auch gewisse finanzielle Bande zwischen dem Schreiben. Es lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

Direktionschef Foreign Office.

Privat.

Nachwärtiges Amt, 21. Juli 1916.

Mein lieber George!

Ihr privates Telegramm von heute morgen, das den Rücktritt Gafanoffs meldet, ist entschieden betrübend. Es ist sehr mißlich, daß in diesem Augenblick ein Wechsel in Betracht gezogen wird, besonders während die Verhandlungen wegen des Eintritts Rumäniens in den Krieg im Fortschreiten sind und wahrscheinlich befriedigend ausgehen werden. Es ist ersichtlich, eine wie schlechte Rolle die russischen Reaktionen immer spielen. Ich bin froh, daß Sie Ihr Telegramm an den Jaren sandten, und hoffe, es möge seine Wirkung haben. Bendorff scheint jetzt sehr niedergedrückt zu sein wegen der Schwierigkeiten, die er in seinen finanziellen Arrangements mit Mc Penna erfährt. Die russische Cruz ist das Geld, das er von uns zu bekommen wünscht, um den Rubelkurs zu erhalten. Von Penna, wie alle Finanzleute, ist engstirnig und pedantisch und behauptet, der Rubelkurs sei keine den Krieg berührende Frage. Seine Ansicht ist falsch. Es ist möglich, daß wir intervenieren müssen, um ihn zu überzeugen, sofern kein Uebereinkommen erzielt wird. Die Verhandlungen mit Rumänien scheinen befriedigend fortzuschreiten, aber ich werde von ihrem Erfolg nicht eher überzeugt sein, bis ich Rumäniens Kriegserklärung sehe, denn Italien ist der ausweichende Mensch und in

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Februar.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Die Versammlung am Montagabend war gut besucht. Die Restaurationsräume des Gewerkschaftshauses waren nicht belegt. Auch eine ganze Anzahl alter Genossen, die Jahrzehnte in der Partei sich n, waren dem Nufje erfreulicher Weise gefolgt. Zunächst erlebten die Besucher eine Spitzelentlarvung, die sich allerdings den Zeitverhältnissen entsprechend recht provisorisch vollzog.

Genosse Schlich erhielt das Wort zu einer Erklärung. Er führte aus, daß die Partei nichts zu verheimlichen oder zu verbergen hat. Dagegen können einzelne Genossen schwer geübt werden, wenn unläutere Elemente unter ihnen stehn, die der Polizei Zutrittsdienste leisten. Nicht können erstliche Leute wegen irgend einer harmlosen Meinung die weitere getragen und womöglich noch verdrängt werden, die die größten Unannehmlichkeiten haben. Auch jetzt, im Burgfrieden, wo uniformierte Beamte nicht in der Versammlung erscheinen, schleichen sich solche Elemente bei uns ein, denen man die Türe weisen muß.

Der Hochwacht, Genosse Burgund, forderte sodann auf, daß sich der befreitende Herr, den man kenne, sofort aus dem Lokale entferne. Und als er hierzu nicht Mene machte, nannte Burgund den Namen, und forderte den Hauptkassier Führer Adolf Franke auf, das Lokal zu verlassen. Unter Pfeif- und Schläger ging er schließlich nach wiederholter Aufforderung.

Klaus gab Genosse Hermann die Abrechnung vom verfloffenen Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf 371,08 Mark, die Ausgaben auf 373,87 Mark. Die stoffenverhältnisse haben sich nicht mehr in dem Maße weiter verschlechtert, wie in der vorausgehenden Zeit unter dem Krieg. Die Genossen Schlich, Müller, Schlich und Krenzl haben gute Erfahrungen gemacht, indem sie die wichtigsten Mitglieder beurlauben. Diese haben sich bereit erklärt, ihren Beitrag wieder regelmäßig zu zahlen. Auch um die vom Militär beurlaubten und verurlaubten Genossen hat sich der Vorstand mit Erfolg bemüht. Seit der roten Woche im Jahre 1913 ist in Breslau keine große Agitation mehr entfaltet worden. Möge sich jetzt jedes Mitglied bemühen, der Partei wenigstens ein weiteres Mitglied zuzuführen.

Aus der gleichzeitig gegebenen Abrechnung über den Wahlfonds ging hervor, daß die Stadtverordnetenwahlen diesmal nur 138,48 Mark gekostet haben.

Entsprechend dem Vortrage der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Genosse Löbe gab in einem einstündigen Vortrage eine Uebersicht über die politische Lage und die Kriegslage Deutschlands, wie sie sich nach der Abweisung des Friedensangebots gestaltet hat. Kein vernünftiger Mensch kann heute noch sagen, Deutschland könne den Frieden leben, wenn es nur wollte. Wohl aber brauchen heute keine Augen mehr geschlossen zu werden, wenn Frankreich und England dieselbe Friedensbereitschaft gezeigt hätten wie Deutschland. Das letzte Redner an der Hand des Friedensangebots und seiner Behandlung durch die gegnerischen Staatsmänner war, er kommt auf die ausweichenden Eroberungsziele der feindlichen Mächte zu sprechen und auf die schwierige Lage, in der sich Deutschland befindet, wenn es seine Ziele in ähnlicher Weise proklamieren soll. Auf der einen Seite würden wir nicht, daß bei uns auch Eroberungsziele aufgestellt werden, auf der anderen Seite begibt sich die Regierung von vornherein in eine nachteilige Situation, wenn sie angesichts der gegnerischen Unversöhnlichkeit von vornherein auf jede Forderung verzichtet. Unter diesen Umständen war das Angebot von Friedensverhandlungen das Beste und das ehrlichste Mittel, dem Frieden näherzukommen. Die Regierung konnte zu vorzucken, gekippt auf die starke Friedenspartei, die Sozialdemokratie, welche seit Kriegsausbruch keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß sie zur Verteidigung des Volkes steht, damit aber auch ein Recht erworben hätte, für die Beendigung des Krieges zu wirken, sobald die Verteidigung gelungen war. Am Unmut über das Ende des Krieges, in feindlichen Schmeizern über schwere Verluste sind in den 2 1/2 Jahren manchmal Klagen über die traurigen Verhältnisse auch an die eigene Partei gekommen, als ob sie nicht alles getan hätte, den Frieden zu vermitteln. Das mit den Feinden nicht

hindern konnten, liegt doch daran, daß wir auch vor dem Krieg nicht die herrschende, sondern die unterdrückte Partei waren, die bei geheimer Wahl über Millionen Wähler zählte, aber bei weitem nicht so viele überzeugte Genossen. Wenn die andere Internationale, die Christenheit, mit ihrem 2000-jährigen Einfluß, mit ihrer Fülle von Kirchen und Beschäftigten in jeder Stadt und fast in jedem Dorfe, das Unglück nicht aufhalten konnte, wie sei es dann der jüngeren Internationale möglich, die nicht den hundertsten Teil der Macht und des Einflusses der Kirche hatte. Immerhin sei die Enttäuschung des einfachen Mannes verzeihlich, daß sich aber Führer der Partei gegenständig in beständiger Fehde beschuldigen, wie wir es jetzt im Reichstag und Landtag erleben, daß man sich mit den schlimmsten Beschuldigungen behandelt, "Verräter" und "ehrsüchtig" nennt, das kann die Partei auf die Dauer nicht ruhig ansehen. Die schlimmsten Anschuldigungen der Minderheit sind vom Parteivorstand mit Lammgeduld ertragen worden, und er hat es bei Warnungen bewenden lassen. Als es aber bis zum Vordrängen des eigenen Parteifaktors in Berlin kam, als die Genossen ihre Sonderpartei abhielten, von denen sie die Mehrheit ausließen, da war es Zeit, die Grenzlinie zu ziehen, die die Partei am Körper der Gesamtpartei trennte. Genosse Löbe erklärte, am liebsten Anhänger der Verständigung zwischen beiden Teilen gewesen zu sein und stets mit einem gewissen Stolz zu den Konferenzen in Berlin gefahren zu sein, weil er aus einer Stadt und einer Provinz kam, in der man diesen selbstmörderischen Kampf nicht kannte, sondern Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise austrägt. Allerdings hinter dem Rücken des Vorstandes Referenzen heimlich beizubringen, wie es mit Ungehörigkeit und Sonderverhandlungen neben den Parteiverhandlungen abhalten mit dem Parteivorstand durchzuführen, das kann es in Zukunft nicht mehr geben. Der Redner schloß eine Resolution vor, welche die Einigkeit der Partei und das Festhalten an ihrer bisherigen Politik betont und den Vorstand an die Aufforderung, Vereinbarlichkeiten von beiderseitigen Mitgliedern nicht mehr entgegenzunehmen, die sich den Sondergruppen der Arbeitgemeinschaft, der Quartanten oder der Internationale anschließen. Die Partei braucht für die Kämpfe der Zukunft Einigkeit und Geschlossenheit. Schwer sei es heute noch, sich den Feinden vorzustellen und doch, einmal müde er kommen und dann soll die Partei die Sache der Arbeiterklasse wieder führen. In einem tief verdruckten Lande, seiner besten Männer beraubt, mit Hungrigen, Kranken, Witwen und Waisen erfüllt, sollen wir helfen, daß wieder ein Ständchen Glück und Wohlfahrt zu denen kommt, die diese schreckliche Zeit überlebt haben. Dazu brauchen wir kein niedriges, rechtshaberisches Gewand, sondern die selbe Plattform einer einzigen, feckgegründeten Partei. Wir wollen uns in Schlemien zu dieser Arbeit halten unter der alten roten Fahne, unter der wir so lange erfolgreich gekämpft haben und die in den letzten Jahren so unglückliche Zeiten sammeln mußte. (Beifall.)

Genosse Heiter hält die Politik der Fraktionsmehrheit nicht für richtig. In Breslau haben wir von Anfang an vorgeschlagen, den Streit bis nach dem Krieg zu verschieben. Es muß auf beiden Seiten vorhanden. In Breslau haben wir noch keine Uebung; geboren, um aus der Partei hinauszugehen zu werden. Ich werde nun zu dem Streit vorläufig nicht weiter Stellung nehmen, aber zur gegebenen Zeit werden wir unsere Tätigkeit wieder aufnehmen und innerhalb der Partei die alten Grundsätze vertreten.

Genosse Löbe weist darauf hin, daß in Breslau stets der Minderheiten Gelegenheiten gegeben worden ist, sich in unseren Versammlungen ein Wort zu sagen und daß von diesem Rechte in ganz ausgedehnter Weise Gebrauch gemacht wurde.

Genosse Hermann Müller: Es geht nicht, daß wir über die Köpfe derer, die draußen sind, hier abstimmen. In der "Volkswacht" werden wir einseitig in Sinne der Mehrheit unterrichtet und auch die Resonanz ausbreitet werden entsprechend antwortend. Zu wundern braucht man sich ja nicht, daß über den Disziplinbruch geklagt wird, aber das Programm ist doch auch geschlossen, daß es nicht abrochen wird. Ich bitte, nicht alles für verwehrt zu halten, was die Minderheit tut.

Genosse Schmidt: Den Führern der Minderheit, den Genossen Danie und Bonstein, steht die Gratulation in der mündlichen Form bei. Hätte Berstein die vielen Jahre seiner Parteimitgliedschaft bei der Arbeit mitgebracht, dann würde er sich zu einer solchen Dankrede, wie dem Disziplinbruch, nicht herablassen. Wir haben nicht alles zu tun, als uns in jeder Versammlung zu streiten, wer da recht hat, und ob der oder der noch zur Partei zu gehn ist oder nicht. Deshalb ist es wichtig, das Beste. Die ganze Gesellschaft wird sich dann ebenso ausleben wie jederzeit die mit den Lokalkassen im Bau. Die Fortführung der Aussprache wird hierauf vertagt.

Die Fortführung der Verhandlungen, die durchweg sachlich geführt wurden, findet am Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im gleichen Saale statt. Es ist erwünscht, daß alle Teilnehmer der nächsten Zusammenkunft dann wieder erscheinen, der bis auf den letzten Platz besetzte Versammlungsraum bot ein Bild regen Parteinteresses.

Ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien.

Nach gesetzlichen und ministeriellen Vorschriften müssen die Angehörigen von Kriegern im Krankheitsfalle ihren Arzt erhalten, freie Arznei und freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus, wenn keine Krankenkasse für sie zu sorgen hat. Die freie ärztliche Behandlung ist bisher in Breslau von den 22 Armenärzten ausgeteilt worden. Bis zum 1. Januar 1916 verlangten die Armenärzte für die Behandlung der Kriegerfamilien keine besondere Vergütung; sie haben sich mit den 92.000 Mark zufriedengegeben, die sie alle zusammen von der Stadt für das ganze Jahr bekamen. Dann forderten und erhielten die Ärzte einen Zuschlag von 25 Prozent, also 23.000 Mk. jährlich.

Nachdem die Zahl der behandelten Familien weiter gestiegen ist, soll die Stadt laut Magistratsantrag mit dem Verein Breslauer Ärzte einen neuen Vertrag über die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien abschließen. Danach wollen 150 Ärzte (darunter auch Spezialärzte) die Behandlung der 55.000 Kriegerfamilien übernehmen, aber die Kosten dafür können jährlich bis 150.000 Mark betragen.

Der Wohlfahrts-Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung, der sich zuerst mit diesem Magistratsantrage beschäftigte, empfahl, ihn anzunehmen. In der Stadtverordnetenversammlung am vorigen Donnerstag erhob sich keine Stimme dagegen, die Kriegerfamilien noch besser mit ärztlicher Hilfe zu versorgen, aber die Kosten von jährlich 150.000 Mark gegen bisher 40.000 Mark, die verbündeten eine sofortige Entschädigung. Der Magistratsantrag wurde dem Finanzausschuß und dem Wohlfahrts-Ausschuß zur weiteren Vorberatung überwiesen.

Diese beiden Ausschüsse verbandelten Montagabend zwei Stunden, kamen jedoch zu keinem Beschlusse, sondern vertagten ihre Beschlüsse. Man verlangt vom Magistrat genaue Zahlen darüber, wie viele der wehrunterschrittenen Kriegergenannte Familien einer Krankenkasse angehören und wieviel davon beizutragen, ob die Kosten von 150.000 Mark wohlbehalten sind oder nicht. Wenn unter dieser Verlegung die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien leiden sollte, wäre das sehr zu beklagen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Entscheidungen des Magistrats, soweit sie überhaupt möglich und durchführbar sind, sobald wie möglich betanlagt werden.

Brot auf Kartoffelmarken.

Der Magistrat macht bekannt, inwieweit es bei der strengen Kälte nicht möglich ist, Kartoffeln zu liefern, wird auf die Kartoffelmarken 35 und die Kartoffel-Zufuhrmarkt 24 Brot abgegeben. Näheres im Anzeigenteil.

Keine Richtpreise für Gemüse und Obst.

Der Magistrat lehnt die bisherigen Vorschläge des Reichsausschusses für Gemüse und Obst außer Kraft. Neue Richtpreise sollen nach Feststellung zu kommen werden. Die Umleiter werden nachdrücklich auf die strafrechtlichen Folgen unrechtmäßiger Preisforderungen hingewiesen.

Vollst. Vorstellung im Thalia-Theater.

Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Aufführung des Reichsoperetten-Theaters, die 4. und 5. Verwundete statt. Billets zum Preis von 10 bis 80 Pf. im Gewerkschaftshaus, II. Stock, Zimmer 36, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum 1. Male: „Die lustigen Abteilungen“, Operette in 3 Akten von Ridaemus, Musik von Oscar Straus.

Es werden ungefähr 12 Jahre her sein, daß im Lohentheater mangels einer Fachkritik eine der reizendsten parodistischen Operetten mit Paulen und Trombeten durchfiel: „Gugus Dietrichs Brautwahl“. Sie hat dieselben Texte und Tonbilder wie die in der Ueberschrift genannte. Damals hieß es, Straus hätte keine Erfindungsgabe, sondern lehnte sich an bekannte Vorbilder an. Das darin eben das Wesen jener Parodie liegt — was sollte denn sonst wohl in der Musik „parodieren“ werden, wenn nicht die Vorbilder? — das sah niemand. Vielleicht denkt man jetzt arglos des ungeheuren Wachsfortschrittes, den die sehr lustigen Abteilungen am Sonnabend davontragen, einmal daran, jene Operette wieder ans Lamvenlicht zu ziehen. Es lohnt sich! Zur Parodie gehört Geist und Witz und damit sind die beiden Verfasser zu versehen. Man denke nicht an den Straus des „Wahnertraum“, sondern an den des seltsamen „Ueberbreit“. Und Ridaemus! Das ist ein Hubschmuck des bekannten Rechtsanwalts Elben in Berlin, dessen Vater ein in ganz Breslau bekanntes Tuchgeschäft auf dem hiesigen Wäckerplatz hatte. Daher wohl auch die Fülle von „Stoff“! Die Abteilungen wenden sich nur zum allerfeinsten Teile an Richard Wagner, sondern verfallen zumeist die Sage, immer in den Grenzen der Westheit, immer witzig und schlagerfertig. Dann es etwas Uffigeres geben als die Doppelhochzeit Gunter-Brühls und Siegfried-Friedrichs, an welcher die verschiedenen eingelaufenen Doveschen verlesen werden? Hat man schon einmal so gelacht, als in der Brautwahl zwischen Stöpel und der Karindie, um vor ihrem Toddel von Gemahl Ruhe zu haben, ihn eigenhändig am Türpfosten aufzuhängen? Das Publikum von heute, das durch Wagner bedeutend besser mit der Edda Bescheid weiß, als vor 20 Jahren, geht auch viel bereitwilliger auf die musikalischen Scherze ein, die nicht abel ausgeübt sind. So die Brautgemachene und das Abfeden des Kamoflages aus Doherrin, das Hornmotiv Elgfrids, die parodistische Trauermusik nach seiner Bestattung usw. Straus ist auch einer der wenigen modernen Operettenkomponisten, welche Ensemblestücke schreiben können, wenn auch nicht im Sinne von Strauß, Müllner oder Suppé. Ein Sextett, ein Oktett, das zwei, fünf, sind beachtenswerte Nummern.

Da alles wie am Schnürchen ging und auch an Ausstattung nicht gepart ist, so fand das Liebendwürdige Wert wenigstens in den ersten beiden musikalisch ausgiebig betrachteten Akten einen vollen Erfolg. Der dritte Akt ist fast nur ein Tummelplatz weniger lustiger Witzle, die ebenfalls gebührend belacht

wurden; Herr Grünwald zeigte sich hier als ein Mäher im Doublevortrag. Von den Mitwirkenden seien lebend genannt: die Damen Lang (köstliche Type!), Birn (Kriemhild), Karin (eine nie überlebende Brühls), die Herren Grünwald (Siegfried), Stössel (Gunter), Brandl (Hagen), Werner (Dankwart). Einige Nummern wurden wiederholt.

Thalia-Theater.

„Reunion Schöller“, Voffe in 3 Akten von Karl Laus.

Das Stück hat auch im vorigen Jahre auf dem Spielplan an dem Herrn Viktor Klaproth, einen biederen Kleinstadtpfarrer, zuerst schon lange, daß ein anderer am Stammtisch immer so viel von seinen Erlebnissen in Berlin zu erzählen weiß. Er läßt deshalb auch einmal in die Residenz, wo er einen Neffen hat. Dieser soll ihm zu einem Erlebnis verhelfen, mit dem er dann vor seinen Stammtischfreunden schühn prahlen kann. Am liebsten möchte er an einem Balle von Gesellschaften teilnehmen. Ein Fr und des Neffen kommt nun auf die Idee, den unerfüllbaren Wunsch des alten Herrn dadurch zu befriedigen, daß man ihn zu einer beidseitigen in der Pension Schöller mitnimmt. Dort verkehrt in allerlei exzentrischen Versionen und dem Alten wird eingeschickt, das ist ein lauter Verstand, doch dürfte er von seinem Wissen ablosat nichts merken lassen. Die folgenden komischen Situationen entwickeln sich dann von selbst. Den alten Klaproth spielt Herr Hill, der für diese Rolle ja gewisslos wie geschaffen ist. Wir haben dann Herrn Wieje als verärgerten Major a. D., Fr. Stod als Romanist in Berlin, Herrn Heiler als Dramatiker, der bald nicht ausprechen kann, und Herrn Engel als Afrika-reisenden. Den Neffen spielt Herr Keitner, den Moller Herr Gabel, die Witwe Schöller Fr. Salla, den Schöller Herr Gabel und dessen Schwägerin Fr. Gabel. Das Publikum unterzieht sich anheimelnd ganz gut.

Aus aller Welt.

Sibirische Kälte in Italien.

Aus Davia meldet die Anzetta Stefani, daß dort 13 Grad Kälte herrscht. In den Städten am Alpenfuße, wie Trieste und Venedig, muß noch weit härtere Kälte ertragen werden: 25 bis 28 Grad, wie das überaus auch aus dem letzten Bericht Eadonns hervorgeht. Die Truppen an den nördlichen und mittleren Teilen Italiens ertragen die Kälte nicht. Aber auch die ärmere Bevölkerung, die durch die Kälte

lennt sich nicht genügend gegen die Kälte wehren kann, leidet sehr unter der niedrigen Temperatur. So in Genua, dem Kolonnenort, gibt es hier nur einige Kilo Holz, aber keine Kohle aus England.

70 Personen tot, 200 verletzt! Nach Meldungen aus Peterburg hat sich auf der Bahnlinie Odessa-Jassy infolge falscher Weisung ein schweres Eisenbahnunfall ereignet. Zwei mit Munition beladene Wagen explodierten und flogen in die Luft. Die Explosion wurde durch Zusammenstoß eines Munitionswagens mit einem Personenzug verursacht. Ueber 70 Personen, in der Hauptsache rumänische Flüchtlinge, wurden auf der Stelle getötet, weitere 200 mehr oder weniger verletzt.

Fleischbergung. Einer Meldung zufolge erkrankten in Frankfurt a. O. acht Personen an Paratuberculose, angeblich nach dem Genuss von Rindfleisch. Ein Rind ist bereits getötet.

Ungünstiger Postwagen. Infolge der Eisplätte ist die Personenzug nach Ostern einen Höhenabhang hinab gestürzt und umgefallen. Als sechs Jagdgäste des Postwagens wurden verletzt, davon zwei schwer. Der Postwagen wurde zerstört.

Widerrückung durch die Kälte. Aus Danzig wird gemeldet: Infolge der anhaltend strengen Kälte bis 24 Grad Celsius ist die Danziger Wucht weit mit Eis bedeckt, was seit Jahren nicht dagewesen ist. Durch Drehung des Windes ist das Eis zum Teil in das Meer hinein eriebn worden. Die Dampfer müssen ihren reich beladenen Breitschiffen an den Stellen und konnten nur mit vieler Mühe ihre Wege aus dem Eise retten. Der Breitschiffen ist in den letzten Tagen äußerst groß gewesen. An einem Tage wurden 1500 Zentner im Werte von 40.000 Mark erbeutet. Viele ausländische Fischer haben Helfa verlassen und sind in ihre Heimat abgereist.

Drei Monate Schiffsman. Das erste Quartals-Jubiläum feiert der Broder Schiffsman, der gegenwärtig vor dem Berliner Schouwer ericht verhandelt wird. Es sind gerade drei Monate vergangen, als der Broder seinen Anfang nahm, und die Beschäftigten halten noch immer tapfer aus. Von den 172 Jungen der Antlase sind zwar schon 104 vernommen, und auf 11 bezogener worden, doch ist ein Teil des Brodes noch nicht abgehoben, denn es sind noch die letzten Arbeiter zu erteilen, und für jede Sitzung liegen neue Aufgaben vor.

